

"Europa ist nicht Sache der Finanzleute" in Combat (18. Oktober 1950)

Quelle: Combat. De la Résistance à la Révolution. dir. de publ. Smadja, Henry. 18.10.1950, n° 1956; 9e année. Paris: Combat. "L'Europe n'est pas l'affaire des financiers", auteur:Malval, Robert , p. 1; 3.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/europa_ist_nicht_sache_der_finanzleute_in_combat_18_okt_ober_1950-de-a5b137b7-f536-4298-963e-6070fa3a88c2.html



Publication date: 06/07/2016

Europa ist nicht Sache der Finanzleute

Untersuchung von Robert MALVAL (II)

Die vor zwei Jahren erfolgte Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) hat großes Interesse sowie viele Hoffnungen hervorgerufen, die schnell enttäuscht wurden. Zunächst mit technischen Zielsetzungen betraut (sie sollte ein gemeinsames Investitionsprogramm für die achtzehn Mitgliedsländer ausarbeiten und es der Verwaltung des Marshall-Plans unterbreiten, um die Verteilung der Kredite der amerikanischen Unterstützung zu bestimmen), war die OEEC tatsächlich in der Lage, sich gründliche Kenntnisse über die Funktionsweise der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme Europas anzueignen.

Es ist unbestreitbar, daß die OEEC im Bereich der statistischen Studien die Kenntnisse über die wirtschaftliche Lage Europas auf beträchtliche Weise vorangetrieben hat. Allein dafür verdient sie besondere Achtung, um so mehr, als sie gleichzeitig zahlreiche europäische Politiker gezwungen hat, sich der national und international herrschenden wirtschaftlichen Probleme bewußt zu werden, deren Bedeutung sie bis dahin nicht hatten wahrhaben wollen.

Als die OEEC jedoch ihren Aufgabenbereich, der ausschließlich in der Buchführung bestand, ausweiten wollte, verzeichnete sie einen eklatanten Mißerfolg; und es ist sinnvoll, den Gründen dafür nachzugehen, um zum Nutzen der Begründer der zukünftigen Wirtschaft Europas eine Lektion daraus zu ziehen.

Die Länder, denen die Unterstützung Amerikas zugute kam, haben sich sehr früh damit befaßt was 1952, nach dem Auslaufen dieser Unterstützung, geschehen würde. Und man hat schnell erkannt, daß Europa mit seinen verschiedenen und konkurrierenden Wirtschaftssystemen keine Chance haben würde, innerhalb dieser Frist den Wiederaufbau seiner zerstörten Industrien zu bewerkstelligen noch seine Produktion in angemessenem Umfang zu erhöhen. Es war unbedingt vonnöten, die Unterschiede zwischen den europäischen Wirtschaftssystemen zu verringern, wenn man endlich den großen Markt öffnen wollte, der für den Aufschwung der Industrien unerläßlich war. Dies strebte man mit der progressiven Liberalisierung des Handelsverkehrs, der Organisation des Zahlungsverkehrs sowie der Schaffung von Zollunionen an.

An einer einheitlichen Doktrin fehlt es diesen Projekten offensichtlich nicht. Sie fallen alle, mehr oder weniger, unter die Zuständigkeit der Finanztechnik und der liberalen Theorien. Das erklärt zu einem großen Teil die extreme Zurückhaltung der Briten, die auf eine planwirtschaftliche Wirtschaftsordnung großen Ausmaßes setzen. Man muß hervorheben, daß sich – während man sich bemüht, das System der Kontingentierung in Europa abzuschaffen – ist das Zollsystem nicht im selben Ausmaß gelockert, was die Reichweite dieser Maßnahmen ungemein eingeschränkt hat.

Was man an der Politik der OEEC am meisten kritisieren kann ist, daß sie für die Spitze der Wirtschaftspyramide betrieben wird. Indem sie die Probleme zu sehr unter dem besonderen Blickwinkel der finanziellen und monetären Beziehungen sieht, vernachlässigt sie zu sehr die Wirtschaft selbst, deren Aufgabe darin besteht zu produzieren – ob man will oder nicht – um so den Bedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen. Auf diese Weise kann man nur eine abstrakte Konstruktion erhalten, die unfähig ist, eine wirkliche Einigung Europas voranzutreiben.

Das offensichtliche Scheitern der Benelux-Union und der französisch-italienischen Zollunion sind der Beweis dafür.